

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **"Neues Deutschland" kritisiert Ku Mu
Deutschlandäußerungen**

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" hat am 31. Mai den stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten Ku Mu wegen seiner "Sympathieerklärungen für die unter nationalistischen Parolen betriebene Revanchepolitik in der BRD" kritisiert, die Ku Mu während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik abgegeben habe. Ku Mu wolle an die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen zwischen den beiden deutschen Staaten, der territorialen Integrität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR rühren. Nach dem Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten handelt es sich bei der sozialistischen DDR und der "kapitalistischen BRD" um zwei souveräne, voneinander unabhängige Staaten. Wer von "deutscher Einheit" spreche, benutze eine bankrotte, imperialistische Lösung.

(2) **Hsinhua zitiert Otto von Habsburg**

Hsinhua (NCNA, 13.6.78) bringt ein Zitat aus der Zeitschrift "Österreich konservativ", in dem Otto von Habsburg den "sowjetischen Sozialimperialismus als die größte Gefahr für unseren Kontinent" bezeichnet.

(3) **Der Parteivorsitzende empfing Semmler
von der KPD**

Hua Kuo-feng empfing am 21.6.78 Christian Semmler, den Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). China steht also weiterhin hinter dieser maoistischen Splitterpartei.

WESTEUROPA

(4) **Besuch des spanischen Königs in China**

In Begleitung von 96 Experten und Journalisten besuchte das spanische Königspaar Anfang Juni die Volksrepublik und wurde dort u.a. von Hua Kuo-feng und Teng Hsiao-p'ing empfangen. Es kam ferner zum Abschluß eines Handels- und Luftfahrtabkommens. Spanien hat u.a. Interesse am Einfluß Pekings als Gegengewicht zu Moskau in Afrika.

Die Chinesen umgekehrt betonten ihr Interesse an einer Stärkung der EG durch den Beitritt Spaniens. Das Thema NATO allerdings, das in der spanischen Innenpolitik umstritten ist, wurde aus den Debatten ausgeklammert. König Juan Carlos versäumte es nicht, historische Gemeinsamkeiten mit den Chinesen herauszustellen: "Wir waren drei Jahrhunderte hindurch Nachbarn Chinas, verbrüdet mit dem philippinischen Volk".

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(5) **Parteibeziehungen China-Jugoslawien**

Ein Glückwunschsreiben des ZK der chinesischen KP an den "11. Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" vom 19. Juni 1978 stellt endgültig klar, daß die seit 1968 (Prag!) wieder reaktivierten Staat-Staat-Beziehungen zwischen China und Jugoslawien inzwischen auch durch Partei-Partei-Beziehungen ergänzt worden sind. Schon der Besuch Titos im September 1977 hatte Anzeichen für eine solche Annäherung auf Parteebene erkennen lassen.

In den letzten Monaten hatten auch bereits mehrere chinesische Delegationen in Jugoslawien vorgesprochen, die u.a. vom jugoslawischen Experiment lernen wollten.

Das nunmehr veröffentlichte Glückwunschsreiben (PRu 1978, Nr. 25, S. 3) läßt keinen Zweifel mehr offen, daß die KPCh den "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" wieder als echt "sozialistisch" anerkennt, nachdem gerade Anfang der sechziger Jahre der "Revisionismus der Tito-Clique" in Grundsatzdokumenten angeprangert worden war, vor allem in dem berühmten "offenen Brief an das ZK der KPdSU" mit dem Titel "Ist Jugoslawien noch ein sozialistischer Staat?", in dem der Sack (Jugoslawien) geschlagen wurde, in Wirklichkeit aber der Esel (Sowjetunion) gemeint war.

Demnächst soll u.a. eine Ausgabe der "Gesammelten Werke Titos" auf Chinesisch herauskommen. Ebenfalls soll eine Übersetzung der Parteistatuten und der Verfassung Jugoslawiens und von Werken über die Theorie der Selbstverwaltung von Edward Kardelj geplant sein.

Die Verbesserung der jugoslawisch-chinesischen Beziehungen gehen Hand in Hand mit einer weiteren Verschlechterung der Kontakte zu Albanien.

NORDAMERIKA

(6) **US-Bedingungen für Aufnahme
diplomatischer Beziehungen mit der VR China**

Am 12. Juni 1978 formulierte Präsident Carter den amerikanischen Standpunkt gegenüber China auf einer Sitzung der trilateralen Kommission, einem Forum japanischer, amerikanischer und europäischer Wirtschaftler (Kyodo, engl. 14.6.78). Die drei Voraussetzungen seien:

1. Die USA würden nach der Normalisierung der US-chinesischen Beziehungen Handelsbeziehungen mit Taiwan aufrechterhalten, und Amerika würde den chinesischen Nationalisten weitere Unterstützung gewähren, darunter auch Militärhilfe.
2. Die US-Botschaft in Taipei würde durch ein Handelsbüro ersetzt werden.
3. Die USA würden von Peking das Versprechen erwarten, keine Gewalt zur "Befreiung" Taiwans anzuwenden.

Carter erklärte, daß Peking keine Vorbehalte gegen die Grundhaltung der USA vorgebracht habe, als der Berater des Präsidenten, Brzezinski, das Konzept chinesischen Führern während seiner China-Reise zeigte. Peking sei aber seinerseits nicht von den drei Bedingungen abgegangen, daß die USA die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abzubrechen hätten, daß sie den gegenseitigen Verteidigungspakt aufheben müßten und die US-Streitkräfte von Taiwan abzuziehen hätten. Amerikanische Abgeordnete, die an der Sitzung teilnahmen, waren jedoch der Ansicht, der amerikanische Kongreß werde einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und China unter den von Carter angegebenen Voraussetzungen nicht zustimmen.

AFRIKA UND NAHOST

(7) Chinesische Militärberater in Zaire

Wie die zairische Presse berichtet, ist Mitte Juni eine Gruppe chinesischer Militärberater in Kinshasa eingetroffen, die aufgrund des chinesisch-zairischen Militärabkommens entsandt worden sei. Eine Woche später traf eine chinesische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Generalstabschefs Chi Hao-tien in Zaire ein (nach NZZ, 21.6.78).

Diese Maßnahmen sind eine Antwort Chinas auf die "sowjetisch-kubanische Söldnerinvasion in Zaire" vom 12. Mai 1978. Kuba, das "nominell blockfrei ist, verhält sich nicht wie ein blockfreier Staat. Es mischt sich unter sowjetischem Kommando überall in afrikanische Angelegenheiten ein. Es spielt in Afrika und in der Dritten Welt eine störende Rolle, die die Sowjetunion selbst nicht spielen kann..." (PRu 1978, Nr. 21, S. 18 f.).

(8) Peking setzt kräftigere Akzente in seiner Nahost-Politik

Mitte Juni besuchte der chinesische Außenminister Huang Hua eine Woche lang die Türkei und den Iran und sprach sich dort u.a. für eine entschiedenere gemeinsame Haltung gegen die Sowjetunion aus. Im gleichen Sinne verfuhr der stellvertretende Außenminister Yü Ch'an, der am 25. Juni zu einem Besuch in Amman eintraf. Jordanien hatte mit Peking am 14. April 1977 diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Am spektakulärsten war die Außenpolitik Pekings am Persischen Golf. Peking will offensichtlich die "Dhofar-Befreiungsfront" und die "Volksfront für die Befreiung des besetzten Arabischen Golfs" nicht mehr unterstützen. Anstelle der seit 1965 eingeschlagenen Politik, von Südjemen aus die "feudalistisch-kolonialen Araberregimes" im Norden zu bekämpfen, indem man die lokalen Aufständischen unterstützte, hat die Volksrepublik nunmehr mit einer Politik der Freundschaftsgesten gegenüber den Golfstaaten begonnen. Mit Kuwait sind bereits diplomatische Beziehungen aufgenommen worden. Demnächst wird es auch in Muskat, der Hauptstadt des nur rd. 1,5 Mio. Einwohner zählenden Sultanats Oman, eine chinesische Botschaft geben. Mit der Anerkennung Omans sind auch dessen Ansprüche auf Dhofar bekräftigt. Eine separatistische Lösung mit Hilfe der Dhofar-Befreiungsfront

wird also chinesischerseits in Zukunft nicht mehr gefördert werden.

Die ursprüngliche Guerilla-Unterstützungspolitik Pekings erfolgte noch ganz im Zeichen der kulturrevolutionären Strategie der Unterstützung von Befreiungsbewegungen. Außerdem mögen strategische Erwägungen (Lage Omans an den westlichen Ölrouen) eine Nebenrolle gespielt haben.

Der heutige Kurswechsel hängt mit dem "gemeinsamen Kampf gegen den Sozialimperialismus" zusammen, dem sich nicht nur die kleinen Ölstaaten anschließen, sondern der auch vom Iran her gestützt wird. Hierbei gilt es nicht zuletzt, den sowjetisch beeinflussten Südjemen in seine Schranken zu weisen, der ja die Dhofar-Befreiungsbewegung aus eigennützigen Gründen unterstützt: Dhofar soll ein Teil des Südjemen werden! Die konsequente Politik, die Peking bereits in der Somalia-, Ägypten- und Sudanfrage bezogen hatte, wird jetzt also in Richtung Golfstaaten fortgesetzt.

ASIEN

(9) Kambodschanischer Außenminister in China

Der Außenminister Kambodschas, Ieng Sary, besuchte, offensichtlich im Zusammenhang mit den neuerlichen vietnamesisch-chinesischen Auseinandersetzungen um Grenz- und Flüchtlingsfragen, die Volksrepublik und wurde dort u.a. von Hua Kuo-feng empfangen (PRu 1978, Nr. 25, S. 4). Kambodscha fühlt sich durch die Verschlechterung des chinesisch-vietnamesischen Verhältnisses offensichtlich in seiner eigenen Position bestärkt. Hua Kuo-feng lobte das "kampucheanische Volk" für seinen Kampf um die nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität.

Von Vietnam aus wurde gegen diese Zusammenkunft polemisiert. U.a. brachte die vietnamesische Agentur VNA den Bericht eines ehemaligen Militärkommandanten, Run Dun, der von innerkambodschanischen Kampforganisationen gegen das Regime in Phnom Penh berichtet. U.a. heißt es: "Die Pol Pot/Ieng Sary-Clique, die ganz auf der Linie der chinesischen Führung liegt, hat den Namen des Sozialismus mißbraucht, indem sie unser Volk in Genossenschaften hineingezwängt hat, die nichts anderes sind als Konzentrationslager." (SWB, 23.6.78, Nr. 5846/A3, S. 1 f.)

(10) Hat China all seine Straßenbaupioniere aus Laos abgezogen?

Nach Meldungen aus Bangkok (IHT, 17.6.78) soll China Anfang Juni 1978 seine gesamten Straßenbaupioniertruppen aus Nord- und Nordwestlaos abgezogen haben.

Nach den Franzosen hatten die Chinesen die "zweite Generation" der Straßenbauer in Laos gestellt. Grundlage dieser Pioniertätigkeit war ein Abkommen zwischen Peking und der damaligen königlichen Regierung von Laos vom Januar 1962 auf den Bau einer Verbindungsstraße zwischen Südostchina und Vietnam. China hat im Laufe der Jahre seit 1962 insgesamt vier Straßen erstellt, die hauptsächlich im Nordwesten des südostasiatischen Landes liegen. Der Straßenbau hatte seinerzeit begonnen, als China an

seinen Südgrenzen noch erheblich verunsichert war (Auseinandersetzungen mit Indien 1962, Beginn des Zweiten Indochinakriegs 1964, Strategiedebatte in der Volksrepublik 1965). Auch mag die Überlegung mitbestimmend gewesen sein, den südostasiatischen Nachbarländern die politische Präsenz Chinas deutlich zu machen. Immerhin wurden die Straßen ja auf drei Staaten zu gebaut, nämlich auf Birma, Thailand und Vietnam.

Bereits 1973 waren die chinesischen Pioniertruppen zum großen Teil abgezogen worden, und zwar aufgrund des Art. 4 des Waffenstillstandsabkommens zwischen der Regierung in Vientiane und in Pathet Lao. 1975 schien es dann eine Zeitlang, als seien sämtliche Truppen endgültig nach China zurückgenommen worden (hierzu ausführlich C.a. Mai 1975, S.235-242). Immer noch waren von den ursprünglich rd. 20.000 Pionieren vermutlich 10.000 bis zum Jahre 1978 geblieben und zwar in der Stadt Nambac im Zentrum des nördlichen Laos.

Der Rückzug dieser Truppen Ende Mai/Anfang Juni fand offensichtlich im Zusammenhang mit den chinesisch-vietnamesischen Auseinandersetzungen statt. Ohnehin übt Vietnam schon heute effektive Herrschaft über Laos aus. Eine chinesische Legitimationsbasis für ein weiteres Verbleiben hätte es nur gegeben, wenn die laotische Führung die Pioniertruppen zum Bleiben aufgefordert hätte. Dies ist offensichtlich nicht geschehen, im Gegenteil.

Für die Chinesen mag es nicht leicht gewesen sein, nach 16 Jahren intensiver Pionierarbeit, die obendrein ganz auf Kosten Chinas gegangen war, nun das durch Straßen verhältnismäßig gut erschlossene Nordostlaos zu verlassen, zumal man in Peking sehr wohl weiß, daß das für kurze Zeit entstehende Vakuum sofort von nachrückenden vietnamesischen oder zumindest unter vietnamesischem Befehl stehenden laotischen Truppen gefüllt werden wird. Damit erhält automatisch auch die Sowjetunion auf Kosten Chinas in diesem von chinesischen Truppen bisher noch einigermaßen kontrollierten südlichen Grenzgebiet ein relativ gut ausgebauten Straßennetz.

Unangenehm wird die Situation jetzt auch für Thailand, das sich eine Zeitlang einer chinesischen Gefahr gegenüber sah, die nun allerdings verschwunden und durch eine neue, viel problematischere Gegnerschaft ersetzt wird, nämlich die vietnamesische.

(11) Hochgebirgsstraße von Pakistan nach Chinesisch-Tibet eröffnet

Am 18. Juni wurde in Gegenwart des chinesischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Keng Piao vom pakistanischen Militärmachthaber General Zia-ul-Haque die Karakorum-Hochstraße eröffnet, die die westpakistanische Hafenstadt Karatschi nun mit dem fernwest-chinesischen Straßennetz im Bereich der Autonomen Regionen Sinkiang und Tibet verbindet.

Der Bau der Straße war bereits 1967 zwischen Peking und Islamabad vereinbart worden. Die Straße führt von Karatschi über Lahore und Rawalpindi sowie Islamabad hinein in den pakistanischen Teil von Kaschmir, erreicht dort Gilgit und führt dann durch das hochgelegene Hunzatal zum Khunjerab-Paß und dann hinein nach Chinesisch-Sinkiang, wo die Straße in Kashgar endet. Die Straße ist eines der größten Bauprojekte des Jahrhunderts und führt durch eine

majestätische Berglandschaft. Es kommt ihr eine mehrfache Bedeutung zu: zum einen kürzt sie den Weg für Güter aus Westchina nach Pakistan ab. Die strategische Bedeutung liegt darin, daß die Straße nahe am indischen Gebiet entlang führt und dort die potentielle chinesische Präsenz deutlich macht. Die Eröffnung der Straße kommt auch in einem strategisch günstigen Augenblick insofern, als in Afghanistan gerade eine pro-sowjetische Führung die Macht angetreten hat.

Dem Projekt kommt aber auch touristische Bedeutung zu, insofern nämlich nunmehr das reizvolle Hunzatal zugänglich ist.

Insgesamt wurde die Straße von rd. 10.000 chinesischen Straßenbaupionieren zusammen mit Pakistanis gebaut. Seit die Chinesen in das Projekt 1974 voll eingestiegen sind, hatte kein Ausländer Zutritt (IHT, 17.6.78 und FR, 20.6.78).

(12) Der Konflikt mit Vietnam verschärft sich

Die Vertreibung von über 100.000 Auslandschinesen aus Vietnam hat die Spannungen zwischen den beiden Nachbarstaaten eskaliert, und zwar in militärischer und diplomatischer Hinsicht. Am 17. Juni zog China seinen Botschafter aus "Gesundheitsgründen" von Hanoi zurück. Eine Woche später verzichtete Peking auf die Errichtung eines Generalkonsulats im früheren Saigon (Ho-Chi-Minh-Stadt). Das chinesische Außenministerium begründete diese Maßnahme damit, daß Vietnam mit der Genehmigung eines solchen Konsulats sich allzu lange Zeit gelassen habe, so daß man nun die zögernd gewährte Genehmigung nicht mehr in Anspruch nehmen wolle. Gleichzeitig forderte die chinesische Regierung die Vietnamesen zur Schließung der drei Konsulate in Kanton, K'un-ming und Nanning sowie zum schnellstmöglichen Abzug des vietnamesischen Personals auf.

Auch Spezialisten und Maschinen wurden nach China zurückgenommen. Insgesamt hat China in Vietnam noch 72 Hilfsprojekte laufen, an denen die Arbeit in der Zwischenzeit zum Teil unterbrochen wurde. Offensichtlich will Peking seine Projekte nur zum Teil einstellen, da es sich nicht den Vorwurf einhandeln will, es habe ähnlich vertragsbrecherisch gehandelt wie die Sowjetunion, die 1960 von einem auf den anderen Tag ihr gesamtes Hilfspersonal aus der Volksrepublik abgezogen hatte.

China wird die Projekte grundsätzlich weiter abwickeln, aber erklärtermaßen keine neue Hilfe mehr zusagen.

An den beiderseitigen Grenzen sollen die Truppenverbände verstärkt worden sein. Chinesische Flüchtlinge aus Vietnam berichteten, die Sowjetunion habe ihre Waffen- und Munitionslieferungen an Hanoi verstärkt. Gerüchtweise soll die Sowjetunion in der Cam-ranh-Bucht an der vietnamesischen Küste eine gegen China gerichtete Basis für Langstreckenraketen eingerichtet haben. Die Nachricht geht auf einen ehemaligen vietnamesischen KP-Funktionär zurück, der nach Yünnan geflohen war.

In Vietnam betrachtet man China jetzt - nach den USA und Kambodscha - als "Feind Nr. 3" (Näheres vgl. Thema).

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(13) Verstärkter akademischer Austausch mit dem Ausland

China wird seinen akademischen Austausch mit anderen Ländern verstärken (NCNA, 12.6.78). Um sich mit dem neuesten Stand der Entwicklung im Bereich der Wissenschaft und Technik sowie den jeweiligen Verwaltungssystemen vertraut zu machen, sind folgende Maßnahmen geplant:

Einladung von ausländischen Spezialisten nach China zur Abhaltung von Vorlesungen;
planmäßige Entsendung von Pädagogen und Wissenschaftlern ins Ausland, um fortgeschrittene Studien zu betreiben,
Teilnahme an internationalen akademischen Konferenzen und anderen akademischen Aktivitäten.

Offiziell werden heute Hochschullehrer in China ermutigt, gemeinsam mit ausländischen Pädagogen und Wissenschaftlern Forschung zu betreiben und wissenschaftliche Daten auszutauschen.

(14) Mehr Sehenswürdigkeiten in China für ausländische Besucher

Am 13. Juni 1978 meldete NCNA, es seien eine beträchtliche Anzahl von Orten und Sehenswürdigkeiten für ausländische Touristen freigegeben worden, eine zusätzliche Erweiterung folge im nächsten Jahr. Die Nachrichtenagentur brachte konkrete Angaben. Zunächst sind die Hauptstädte einiger Provinzen und Autonomen Gebiete wie die Hauptstädte von Szechuan, Kansu, Yünnan, der Autonomen Region Sinkiang und der Inneren Mongolei freigegeben. Diese Regelung betrifft auch Dutzende von Küstenstädten und Besichtigungspunkten im Innern des Landes. Neben vorher nicht besuchbaren revolutionären Stätten werden historisch interessante Plätze genannt wie die Grotten von Yunkang, der Shanhai-Pass, der Berg Taishan in der Provinz Shantung sowie Kueiping, wo die Taiping-Bewegung entstand.

(15) Sonderläden für ausländische Valuta

Über Radio Kanton (SWB 24.6.78) wurde bekanntgegeben, an über fünfzig Stellen in Städten und Kreisen der Provinz Kuangtung würden spezielle Verkaufshäuser und Verkaufsabteilungen eingerichtet, an denen die glücklichen Empfänger von Geldüberweisungen aus dem Ausland einkaufen könnten. Das Angebot ist weit gestreut. Es reicht von Getreide, Öl, Zucker, Fahrrädern, Uhren, Nähmaschinen und Seide bis zu Baumaterialien.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(16) Amnesty: Ein Chinese Gefangener des Monats

Li Cheng-t'ien, einer der drei Autoren des bekannten systemkritischen Plakates "Über sozialistische Demokratie" vom November 1974, ist von

Amnesty International im Juli 1978 zum Gefangenen des Monats neben zwei anderen politischen Gefangenen Südafrikas und Ecuadors erklärt worden (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 9.7.78). Li wurde noch 1977 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, wohl weil den chinesischen Behörden die Forderungen zu weit gingen. Amnesty International fordert lakonisch auf, höflich formulierte Briefe mit der Bitte um Freilassung an "Präsident" Hua Kuo-feng, Peking, Volksrepublik China, zu senden.

(Vgl. zur Gesamtproblematik den Artikel "Menschenrechte und Opposition in der VR China", von Peter Schier, C.a. Dez. 1977 und "Rehabilitierung für Hunderttausende" von Helmut Martin, in C.a. Juni 1978).

INNENPOLITIK

(17) Dalai-Lama-Äußerung zu Tibet

Der Dalai-Lama, der geistliche Führer Tibets im Exil, erklärte, er würde die Forderung nach einem "freien Tibet" aufgeben, wenn er überzeugt wäre, daß die Tibeter unter der chinesischen Herrschaft glücklich seien (Kyodo, 26.5.78).

Im Klartext begrub der Dalai hiermit öffentlich den Anspruch auf ein unabhängiges und souveränes Tibet und verlangte realistisch nur noch eine gerechte Ausfüllung der zugesagten Autonomie durch die Peking-Behörden. Dieser Umdenkungsprozeß ist nicht zuletzt auf die politischen Entwicklungen in China nach dem Oktober 1976 zurückzuführen, die wieder mehr Rücksichten auf die Belange der Minderheiten ermöglicht haben. Der Dalai-Lama sagte:

"Wenn ich mit eigenen Augen sehe und mit eigenen Ohren höre, daß unsere Brüder glücklich sind, dann werde ich mit Freuden die Forderung aufgeben (auf ein freies Tibet), da das Wohlergehen der Tibeter meine einzige Sorge gewesen ist."

Der 42 Jahre alte tibetische Führer sagte, er würde jede chinesische Einladung annehmen, Peking und Lhasa zu besuchen. Die neue Führung in China habe erkannt, daß den Tibetern Unrecht zugefügt worden sei. Das könne man aus der Tatsache entnehmen, daß der Pantschen-Lama, der in Ungnade gefallen und 1964 in ein Arbeitslager gesteckt worden war, in Peking rehabilitiert worden sei. Der Dalai-Lama hatte diese Erklärungen mit den indischen Behörden abgestimmt. Das indische Außenministerium reagierte deshalb auf die Erklärung mit der Bemerkung, sie sei eine willkommene Überraschung, die bei den Bemühungen dienlich sein könnte, die Beziehungen Indiens zu China zu normalisieren.

(18) Chinas früherer Botschafter in der Bundesrepublik, Wang Shu, wurde stellvertretender Außenminister

Wang Shu, der frühere, sehr beliebte Botschafter Chinas in der Bundesrepublik, der nach dem Sturz der radikalen Shanghai-Fraktion im Oktober 1976 zum Chefredakteur des theoretischen Organs "Rote Fahne" aufgestiegen war, hat einen weiteren großen Schritt in seiner Karriere getan. Anfang Juni wurde